

# Bitburger Impulse

Marx beflügelte Konservative. Immer wieder fiel der Name des Trierers während der 5. Bitburger Gespräche, zu denen Justizminister Otto Theisen erneut nach Biersdorf eingeladen hatte. Die Zahl der Experten, zeitweise waren es fast 60, drohte den Rahmen eines Gespräches zu sprengen, fast wurde die Veranstaltung zu einer Tagung hochbrisanter Thematik. Die Soziale Marktwirtschaft befand sich auf dem Prüfstand. Rechtspolitisch und verfassungsrechtlich wurde die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik auf Bestand und Fortentwicklungsmöglichkeiten abgeklopft. Karl Marx, nur etwa 40 Kilometer vom Tagungsort entfernt im 19. Jahrhundert geboren, half im 20. Jahrhundert mit, klarer zu sehen.

Demokratisierung und Sozialismus — das sind zwei Aspekte moderner Wirtschaftspolitik, die Augenmaß beweisen muß. Der Staat im Sinne eines Wächters des Allgemeinwohls droht in unverantwortlicher Weise zurückgedrängt zu werden. Während Parteien die wohlgemeinte Minderheits-Politik recht groß schreiben, der Verbandspolitik adieu gesagt haben, schicken Verbände sich an, das marktwirtschaftliche Ruder zu übernehmen. Der „kleine Mann“, unorganisiert wie er nun mal ist, wird von geordneten Massen an die Seite gedrängt. Und Vater Staat kann dagegen nicht allzuviel machen, weil er marktwirtschaftliche Entscheidungen an Mitbestimmungsgremien delegiert. So würde es schlimmstenfalls aussehen, wenn der Staat nicht jetzt auf der Hut ist. Die Regierungsparteien schicken sich an, die Mitbestimmung auszugestalten. Sie ist in parteipolitische Geplänkel geraten, könnte zu Koalitions-Unstimmigkeiten führen und damit das Ergebnis negativ beeinflussen. Aber auch die Bonner Opposition kann nicht verlocken, aus sachlichen Gründen.

Justizminister Otto Theisen, Mitglied des Mainzer CDU-Kabinetts, war es, der feststellte: „Leider sind die ... Parteien nicht im Besitz des von mir als erwünscht bezeichneten durchgängigen Konzepts, das auf den konstituierenden Grundlagen der Wirtschaftsordnung aufbaut.“ Von den 5. Bitburger Gesprächen erhoffte er Anstöße für „neue politische Haltungen und für besseres staatliches Handeln auf längere Sicht“.

Durch das verhältnismäßig große publizistische Echo mag das Ziel erreicht sein. Dieses 5. staatspolitische Forum am Biersdorfer Stausee unweit von Bitburg zielte auf den Kernpunkt der Veranstaltungsreihe, das Staatsverständnis. CDU-Generalsekretär Professor Biedenkopf meinte, daß eine „neue Definition“ fällig sei, und traf damit den Nerv des Seminars. Wie kann das öffentliche Leben vom Staat gestaltet werden, der sich immer mehr in die Defensive gedrängt sieht, als daß er dem Anspruch der Bürger gerecht werden kann? Verbände drohen Poli-

tik zu machen. Das Wort von der Parlaments-Lobby darf längst nicht mehr zum Schmunzeln reizen, sondern muß als ernsthafter Faktor mehr beachtet werden, als in letzter Zeit geschehen. Demokratische Liberalität droht zusehends zu verschwinden, wenn Demokratisierung und Sozialisierung Purzelbäume schlagen sollten.

Die Gefahr ist vorhanden, aber nicht zu popularisieren. Selbst die Mitbestimmung, um die es in diesen Tagen wieder lauter geworden ist, vermag breite Volksmassen nicht zu begeistern, dabei ist sie mehr als eine arbeitnehmerfreundliche Entscheidung. Sie greift in die Wirtschaftsordnung ein, die weniger stabil ist, als viele glauben. Selbst im Grundgesetz steht die Soziale Marktwirtschaft nicht *expressis verbis*. Sie kommt verfassungsrechtlichen Grundlagen näher als andere bekannte Wirtschaftsordnungen; aber keiner kann beweisen, ob es nicht doch bessere Lösungen gibt.

Mag sein, daß Staatsmacht nicht beliebt ist, aber Autorität muß sein. Eine Aushöhlung staatlicher Macht und eine Atomisierung staatlicher Autorität durch Delegation staatlicher Verantwortung auf andere Entscheidungsgremien, die dem Gemeinwohl nur in der Theorie verpflichtet sind, kann sich ein freiheitlicher Rechtsstaat wie die Bundesrepublik nicht erlauben. „Die Wirtschaftsordnung ist verfassungspolitisch, vielleicht auch verfassungsrechtlich, nicht ins Belieben der jeweiligen politischen Instanzen gestellt“, sagte Minister Theisen. Er fuhr, keineswegs nur auf die Gewerkschaften, sondern auch auf deren Widerpart anspielend, fort: „Das Problem der Freiheitsbewahrung stellt sich heute nicht nur im Verhältnis Bürger — Staat, sondern ebenso im Verhältnis des Bürgers zu den Verbänden dar. Ihnen ist der Bürger oft mehr ausgeliefert als dem Staat.“ Bitburger Anstöße mögen das Schlimmste verhindern.

AXEL KOLLECKER, Staatszeitung, Mainz — 20. Januar 1975